

Verus, Dr

Kandidatur des Herzogs
Karl August von Sachsen-
Weimar

DD
801
5287V4



Presented to
The Library
of the
University of Toronto
by
THE ESTATE OF THE LATE
PROFESSOR G. H. NEEDLER.

G. H. Needer

Kandidatur

des

Herzogs Karl August
von Sachsen-Weimar

für den ungarischen
Königsthron (1789).

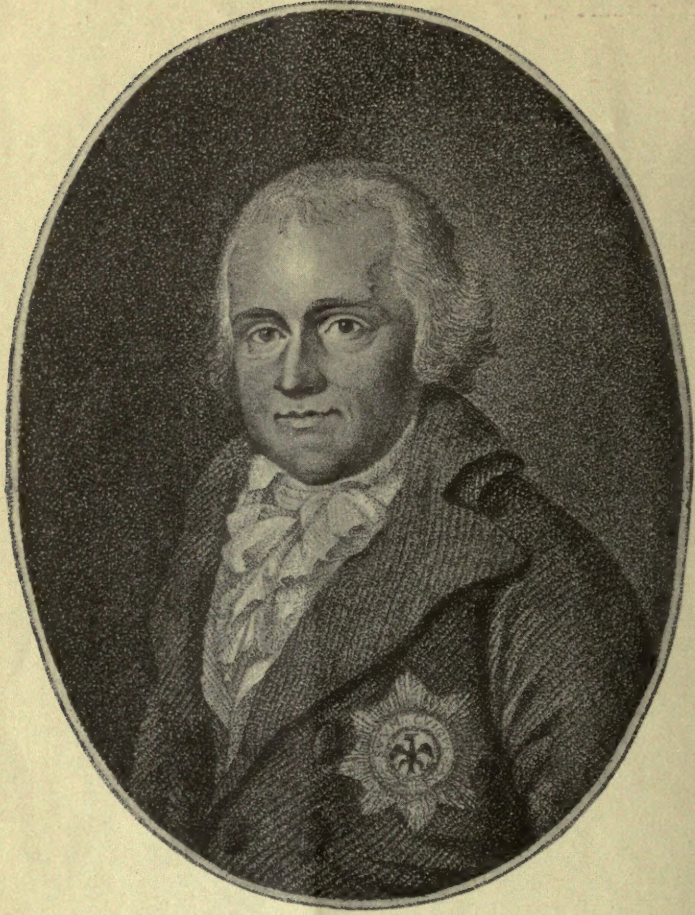
Von

Dr. Verus.



=== Weimar ===

Verlag von Hermann Grosse.



CARL AUGUST

Herzog zu Sachsen-Weimar und Eisenach.

Kandidatur
des
Herzogs Karl August
von Sachsen-Weimar

für den ungarischen
Königsthron (1789).

Von

Dr. Verus.



== Weimar ==

Verlag von Hermann Grosse.

DD

801

S287V4



803913



Die im vergangenen Jahre 1903 von neuem ausgebrochene staatsrechtliche Krisis in Ungarn, in der die Opposition im Abgeordnetenhouse bis zum März des Jahres 1904 eine hartnäckige Obstruktion gegen die notwendige Rekrutenaushebung, gegen die deutsche Dienst- und Kommandosprache, ja gegen die Militärhoheit des Kaiser-Königs und a. m. betrieb, trat auch im Hintergrund der öfter leidenschaftlich geführten Verhandlungen, wie in den früheren Ausgleichsverhandlungen zwischen der kaiserlichen Regierung zu Wien und dem ungarischen Reichstag, der Wunsch der Magyaren, gesteigert in der Selbstständigkeitspartei unter Kossuth und Gen., hervor, mit der Ausscheidung der ungarischen Armee aus der Gesamtarmee der Monarchie die schon seit den letzten Jahrhunderten von den Magyaren mit Vorliebe betriebene Losreissung von der österreichischen Gesamtmonarchie und Errichtung eines eigenen National- und Einheitsstaates, nach vielen fehlgeschlagenen Versuchen, bei guter Gelegenheit zu erlangen oder wenigstens weiter vorzubereiten. Obschon die Magyaren gegenüber den anderen, verschiedenen Nationalitäten angehörenden Bewohnern Ungarns mit 8—9 Millionen die Minderheit bilden, so ist es ihnen doch gelungen, ungeachtet des Nationalitätengesetzes die »Nationalisten« fast ganz aus der Volksvertretung auszuschliessen, namentlich das Deutschtum mehr und mehr zurückzudrängen, obschon sie diesem ihre Kultur verdanken, seit Ungarn ein Teil der Habsburger Monarchie geworden war und die Einwanderung der Sachsen in Siebenbürgen und der Schwaben in Südungarn Land und Leute kultiviert hatte.

Eine solche Losreissung Ungarns vom österreichischen Kaiserstaate war unter Joseph II. (1780—1790) von dem ungarischen Adel, der die Thronentsetzung geplant hatte, obschon Joseph sich gar nicht als König von Ungarn hatte krönen lassen, geplant. Die bedeutungsvollen Reformen Josephs, darunter die Aufhebung der Komitats-einteilung, die Einführung der deutschen Sprache als Amts- und Geschäftssprache, ein neues Grundsteuergesetz und manche Verletzung nationaler und konstitutioneller Rechte hatte eine solche Erbitterung bei den Magyaren erregt, dass ein allgemeiner Aufstand zu befürchten war, sodass sich Joseph kurz vor seinem Tode genötigt sah, die Reformen, ausser der Aufhebung der Leibeigenschaft und ausser dem Toleranzedikt, am 28. Januar 1790 zurückzunehmen.

Auch der 1787 von ihm mit Russland gegen die Türken geführte neue Krieg war fast erfolglos. Während desselben hatten ungarische Magnaten ihre Hoffnungen auf Preussen-Brandenburg gerichtet, wohin schon seit der Protestantenvorfolgung unter Leopold I. (1657—1705) jährlich zahlreiche Auswanderungen aus Ungarn erfolgt waren, sodass sich Verbindungen mit dem Heimatland forterhielten, zumal unter dem ungarischen Adel; in Ungarn hatte man sich fast ein Jahrhundert hindurch mit Hoffnungen auf Preussens Beistand für die Erringung der Lostrennung vom Hause Habsburg getragen, welche sich unter Josephs II. Regierung von neuem belebten, sodass die »Preussisch-Ungarischen Verhältnisse 1789 bis 1790« in H. Marczali sogar einen Darsteller fanden. In jener Zeit war die Spannung zwischen Preussen und Österreich zu einem solchen Grade gewachsen, dass König Friedrich Wilhelm II. nach einem glücklichen Verlauf des Krieges gegen die Türken einen Krieg mit Österreich, dem Russland zur Seite stehen würde, zu befürchten hatte. Daher suchte die preussische Politik sich mit den Gegnern dieser beiden Kaiserreiche, Türken, Polen, Schweden und Untertanen des Kaisers Joseph in Verbindung zu setzen und auch in dem unzufriedenen Ungarn eine Stütze in dem unvermeidlich erscheinenden Kriege mit Österreich zu finden.

Professor Eduard Wertheimer teilte im Pester Lloyd, Nr. 99, vom 24. April 1898 mit, dass damals der Vermittler zwischen Preussen und Ungarn ein dahin eingewanderter Deutscher, der sich durch seine

hervorragenden Dienste im österreichischen Heere und durch seinen ungarischen Patriotismus das Indigenat in Ungarn erworben hatte, Baron Hompesch gewesen sei. Wertheimer hat aus bisher unbekannten Urkunden durch Vermittelung des Geheimen Archivrats Dr. Paul Bailleu in Berlin jene interessante Zusammenstellung, auch in der Chronik des Wiener Goethe-Vereins Bd. XII No. 8 vom 15. Juli 1898 abgedruckt, geliefert, woraus sich ergibt, dass Friedrich Wilhelm II. die in Ungarn geplante Erhebung gegen das Haus Habsburg zu unterstützen bereit und dass Herzog Karl August von Sachsen-Weimar von ihm als künftiger König der Ungarn eventuell ins Auge gefasst und der briefliche Verkehr von Goethe, dem vertrauten Ratgeber des Herzogs auch bezüglich dieses phantastischen Planes, mit Berlin vermittelt war. Die im Geheimen Staatsarchiv zu Weimar verwahrten Briefe über diese Thronkandidatur sind als »ein Beitrag zu der in der letzten Zeit vielfach erörterten Frage der Beteiligung Goethes an der Politik seines »erlauchten Freundes« von Dr. Bailleu im Bd. XX des von Ludwig Geiger herausgegebenen »Goethe-Jahrbuchs« S. 144 bis 152, mit verbindenden Zwischenbemerkungen im Zusammenhang, geschrieben teils in französischer, teils in deutscher Sprache, getreu veröffentlicht worden, während daraus bisher nur Auszüge in Übersetzung ohne richtigen Zusammenhang bekannt gegeben waren.

Baron Hompesch war bereit, zur Verteidigung der alten ungarischen Verfassung Gut und Blut einzusetzen, nachdem er sich von der ganzen Art und Lebensweise der Ungarn gefesselt gefühlt hatte; seine patriotische Unternehmungslust liess ihn den ungarischen Magnaten als den geeigneten Mann der Agitation für die Entthronung Josephs II. und die Heranziehung eines eigenen Herrschers unter Preussens Beihilfe erkennen. Aufgefangene Briefe, darunter einer vom 24. November 1788 aus Ofen an seinen Bruder, verrieten die Aspirationen Hompeschs zu Preussen, namentlich die Bemerkung darin, dass er binnen kurzem sich beim Herzog von Weimar, der ja dem Fürstenbund beigetreten war und sich in Preussen grossen Ansehens erfreute, einfinden werde. Hompesch war schon im Winter 1787/88 in Berlin gewesen und hatte mit dem Minister Graf Hertzberg

und dem Herzog Karl August Verbindung angeknüpft. Ohne Ahnung einer ihm drohenden Gefahr traf H. unter falschem Namen am 4. Januar 1789 unter dem Vorgeben, in Wien Heilung seiner im Türkenkrieg erhaltenen Wunden zu suchen, daselbst ein, in Wahrheit aber, um vor seiner Reise nach Weimar und Berlin mit dem die Fäden des Unternehmens in der Hand habenden preussischen Gesandten am kaiserlichen Hofe, Baron Jacobi, sich ins Einvernehmen zu setzen. Polizeiminister Graf Pergen liess einer persönlichen Anordnung des Kaisers gemäss H. erst bei seiner Abreise von Wien verhaften, allein im Mangel jedes Überführungsmittels, auch ungeachtet der Androhung der Todesstrafe als Mittel einer Geständniserpressung, verweigerte H. jede Auskunft, und durch den Schein seiner erheuchelten Unterwürfigkeit getäuscht, entliess ihn Joseph aus der Untersuchung wegen Hochverrats und liess ihn gegen Unterzeichnung seiner Verpflichtung, niemals ohne besondere Erlaubnis in die Monarchie zurückkehren zu wollen, über die Grenze bringen. Auf seine Bitte, der Kaiser wolle ihn wieder in seine Rechte einsetzen, wurde H. abschläglich beschieden und trat darauf als Adjutant Friedrich Wilhelms II. in preussische Dienste, worin er als Kenner der Verhältnisse Ungarns und vermöge seiner persönlichen Beziehungen dorthin für Preussen ein unschätzbarer Ratgeber war, aber auch bei dem feindlichen Verhältnis der Höfe von Berlin und Wien sich zur Aufhetzung der Unzufriedenen in Ungarn besonders berufen fühlte.

In jener Zeit war ein von ungarischen Magnaten nach Berlin in diesen Angelegenheiten entsandeter Herr von Beck oder Bekk tätig, wie sich aus einigen Briefen ergibt, von dessen Persönlichkeit sonst nichts bekannt geworden ist. Von dem preussischen Gesandten in Wien, Freiherrn von Jacobi-Klöst, mit Empfehlung versehen, erlangte er im November 1789 in Potsdam beim König Friedrich Wilhelm II. eine Audienz, wobei der Name Karl August als Kandidat für den ungarischen Königsthron genannt wurde. Darüber schrieb der Oberst und Flügeladjutant Bischoffwerder, ein mächtiger Günstling des Königs, welcher Zeuge der geführten Unterredung war, am 25. November 1789 aus Potsdam den im weimarischen Geh. Staatsarchiv aufbewahrten Brief an den Herzog Karl August in französischer

Sprache. Darin wird von der Schilderung berichtet, welche v. Beck von der Lage seiner Konpatrioten, ihren Wünschen, Entschlüssen, Mitteln und Hoffnungen auf des Königs Unterstützung gemacht, wie der König ohne weiteres seinen Entschluss erklärt habe, sobald die nächste bessere Jahreszeit es gestatte, Krieg zu führen und mit einem Korps an die Grenzen Ungarns heranzurücken, was ihm das Vertrauen dieser Nation sichern werde. v. Beck habe darauf entgegnet, Ungarn wünsche seinen König aus der Hand Sr. Majestät zu empfangen, und habe auch Fürsten für die ungarische Königskrone genannt. Diesen günstigen Augenblick benutzend habe er, der Briefschreiber Bischoffwerder, den Herzog Karl August als den einzig Passenden vorzuschlagen, sich die Freiheit genommen. Der König habe dazu kurzweg sein »Amen« verkündet mit dem Hinzufügen, wenn die Nation ebenfalls zustimme, so werde man fortfahren, weitere Unternehmungen zu treffen für die Folge und dann solle v. Beck unter irgend einem Vorwand sich im Winter in Berlin aufhalten, um das Projekt weiter zu beraten. Sehr leicht sei dessen Ausführung, wenn die Türken den Krieg fortsetzten, andernfalls wenn sie törichterweise Frieden schliessen würden, so brauche man doch nicht davon abzustehen. Zum Schluss des Briefes bat Bischoffwerder den Herzog, ihn bald über diesen Gegenstand einer Antwort zu würdigen, die er mit Ungeduld erwarte usw. und empfahl dem Herzog, diesen Brief zu verbrennen, — was nicht geschah.

Hompesch trat unter dem Namen Karl Meyer wieder in Potsdam auf und wurde von Bischoffwerder in einem Brief vom 4. Dezember 1789 dem Herzog für einen Besuch in Weimar angekündigt. Darauf entwarf Goethe das Konzept eines französisch geschriebenen Briefes, der chiffriert am 6. Dezember von Potsdam an Bischoffwerder abgesendet wurde. Darin bedankt sich der Herzog bei dem »sehr teuren Freund« für die Mitteilung der von v. Beck angeregten Frage und wünscht, des in ihn gesetzten Vertrauens würdig zu sein, zumal er »unglücklicherweise« bis jetzt nur seinen guten Willen zu bezeigen, Gelegenheit gehabt habe. Die Hoffnungen, welche Hompesch und v. Beck für die Möglichkeit einer Revolution in Ungarn für den Fall eines Kriegsangriffs des Königs auf Österreich von günstigem Erfolg,

wenn die österreichische Armee und die Finanzen erschöpft sein würden, erweckten, schreibt Bischoffwerder, schienen wohl einige Beachtung zu verdienen, und es könne wohl dienlich sein, für den Fall eines glücklichen Erfolges der preussischen Waffen sich einigermaßen von den daraus zu ziehenden Vorteilen einigen Überblick zu verschaffen; aber es erscheine doch die Vorsicht zu gebieten, sich nicht allzutief mit Leuten einzulassen, deren Lage und Beschaffenheit (Beziehungen) keineswegs Hoffnung und unbegrenztes Vertrauen einzuflößen geeignet erschienen. Hompesch und Beck könnten wohl wie Brandstifter nützlich sein, wenn der König die österreichische Monarchie in Aufruhr zu versetzen sich entschliessen möchte, aber sicherlich bedürfe es noch anderer Hebel, um eine Maschine aus ihrer so festen Grundlage zu bringen. Die Idee dieser Herren, jetzt schon sich einen König aus der Mitte der deutschen Fürsten auszusuchen, erinnere an die Geschichte des unglücklichen pfälzischen Kurfürsten, dem man in Böhmen den Titel eines »Winterkönigs« gegeben habe. (Es ist Friedrich V. gemeint.)

In dem weiteren Brief stellte der Herzog eine fernere Besprechung dieser »interessanten Materie« und etwaige Verhandlungen darüber im kommenden Frühjahr in Aussicht, die aber besser in Potsdam als in Berlin stattfinden möchten, weil man da für die »Spekulation« weniger Störung zu befürchten habe; doch wäre noch vor dem Karneval eine Zusammenkunft mit dem König erwünscht, wozu der Herzog noch einige Vorschläge hinzufügte, aber seinem Wunsche Ausdruck verlieh, von seiner Teilnahme am Karneval wegen seiner eigenen Geschäfte vom Könige dispensiert zu werden. Am Schlusse dieses Briefes wies der Herzog auf die in Deutschland sich immer ungünstiger gestaltenden Verhältnisse zwischen den Fürsten und Untertanen hin und drückte sein ungeduldiges Erwarten einer baldigen Antwort aus.

An diesen Brief schloss der Herzog am 11. Dezember noch eine Warnung vor Hompesch an, den seine Schwatzhaftigkeit leicht verleiten könnte, an einer Wirtstafel geheime Verhandlungen zu verplaudern, was ihn in Wien schon, nach Angabe eines Ohrenzeugen, zur Verhaftung gebracht haben solle. — Darauf schrieb Bischoff-

werder am 20. Dezember an den Herzog einen Brief, worin er die Bedenken dieses gegen den Plan zu zerstreuen bemüht war, anknüpfend an die an ihn am 6. und 11. Dezember ergangenen herzoglichen Zuschriften, indem er folgende Bemerkungen dem Herzog zu Füssen legte: »1. Scheinen mir die Hoffnungen der bewussten Freunde bei gegenwärtiger Lage des Ganzen gegründeter als jemals. 2. Wird H. (ompesch) E. H. D. mündlich von den zur Ausführung des Plans bereits getroffenen Anstalten Bericht erstattet haben. 3. Habe ich leider! in Ansehung seiner übertriebenen Lebhaftigkeit und übrigen individuellen Betragen Beobachtungen gemacht, welche der mir gnädigst gegebenen Warnung gemäss die grösste Behutsamkeit zur Notwendigkeit machen. 4. Möchten die nunmehr angebrachten Hebel wohl hinreichend sein, um die erwähnte grosse Maschine von Grund aus zu bewegen. 5. Überlasse ich es höchstem eigenen Ermessen, ob zur Entwerfung des eventuellen Planes und hierzu unumgänglich nötigen mündlichen Unterredung das Frühjahr könne abgewartet werden, oder es nicht vielmehr ratsam sei, sich der *vita di cazzo* auf einige Tage zu unterwerfen«

Inzwischen war Hompesch in Weimar gewesen, jedoch durch seine Mitteilungen waren bei dem Herzog die Bedenken gegen den von Bischoffwerder besonders unterstützten Plan nur verstärkt worden und wieder kann es nur Goethe, der in die geheimsten Staatsgeschäfte eingeweihte und verschwiegene Vertraute des Herzogs, gewesen sein, der nicht bloss den Entwurf des darauf folgenden Schreibens des Herzogs an den Obrist Bischoffwerder gefertigt, sondern überhaupt seinem Herrn Vorsicht und Zurückhaltung in dieser heiklen Angelegenheit empfohlen hatte. In diesem Schreiben vom 28. Dezember 1789, das übrigens ausser einem Billet Bischoffwerders das letzte auf diese Verhandlung sich beziehende Schriftstück ist, sagt der Herzog wörtlich folgendes, nach einem kurzen, auf seinen Hofjägermeister Freiherrn v. Stein, den Bruder des grossen preussischen Staatsmannes, damals Gesandten in Mainz, bezüglichen Eingang: »Ich habe mit H. (ompesch) bei seiner Durchreise aufs neue ausführlich gesprochen und mich genau zu unterrichten gesucht, inwiefern seinem Vordringen zu trauen und mit welcher Zuverlässigkeit darauf zu bauen

sein möchte, allein ich muss aufrichtig bekennen, dass mir seine Angaben sehr vag und unbestimmt geschienen, indem er weder von bedeutenden Personen, die mit in dieser Affäre begriffen seien, Nachricht, noch von einem gründlich durchdachten und eingeleiteten Plan einige Überzeugung geben konnte. Ew. Hochwohlgeboren werden mich also wohl entschuldigt halten, wenn ich unter diesen Umständen das wiederhole, was ich in meinem letzten Briefe schon geäußert, dass ich nämlich gegenwärtig mich nicht im Stande fühle, zu einem wegen dieser Angelegenheit festzusetzenden Plane mit zu konkurrieren. Ich kann mir nicht anders denken, als dass man erst jenen Zeitpunkt abzuwarten habe, wenn man die siegreichen preussischen Waffen in Ungarn sehen, die Gesinnung der Nation kennen und ihre Wünsche unmittelbar erfahren wird; früher möchte es immer gewagt sein, etwas festzusetzen und auf einen nicht genug legitimierten Antrag zu tief einzugehen. Indess will ich nicht leugnen, dass mir diese H . . ische Äusserungen auch nur im allgemeinen den Wert zu haben scheinen, dass sie uns von der Unzufriedenheit und der heimlichen Gährung, welche in sämtlichen kaiserlichen Landen arbeitet, einen neuen Beweis gibt. Die glücklichen Fortschritte der Brabänter erneuern den übrigen Missvergnügten den Mut und wenn die Türken fortfahren, den beiden Kaiserhöfen zu tun zu geben, so möchte wohl die äussere Lage nicht vorteilhafter als gegenwärtig gefunden werden können. Der erschütterte und geschwächte und durch die Krankheit seines Regenten in einen zweifelhaften Zustand versetzte österreichische Staat wird wohl schwerlich einer frischen wohldirigierten Macht widerstehen können und würde sich wohl in den Fall setzen können, Absichten zu erreichen, welche vor einiger Zeit noch viel entfernter scheinen mussten. Der Augenblick möchte einer der günstigsten sein welche sich denken lassen, nur werden Ew. Hochwohlgeboren besser als ich beurteilen können, ob zu Haus auch alles bestellt sei, dass man sich getrost herauswagen könne und ob die äusseren und inneren gegenwärtigen Feinde des Hauses Österreich gesinnt sind, mit Energie ihre Operationen fortzusetzen; denn sollten freilich sich die Türken zum Frieden finden lassen, so würde auch von den Ungarn wenig zu hoffen sein und die beiden vereinigten kaiserlichen Mächte würden

die preussische zu balanzieren wohl Kraft genug haben. Meine Gesinnungen, die ich Ihnen ohne Rückhalt hier mitteile, sind, wie Sie wohl wissen, mehr durch die allgemeine Kenntniss der politischen Lage, als durch genauere Nachrichten des Moments bestimmt und Sie werden sie daher am besten beurteilen und, insofern Sie es natürlich finden, davon Gebrauch machen können«.

Geh. Archivar Dr. Bailleu bemerkt a. a. O. im Hinblick auf den Mangel weiterer urkundlicher Nachweise, dass man weder in Berlin noch in Weimar die begonnenen Verhandlungen fortgesetzt habe, und weist nach, dass der von ihm mitgeteilte Brief des Herzogs an Bischoffwerder vom 11. Januar 1790, den Goethe ebenfalls entworfen gehabt, sich nicht auf diese Angelegenheit, sondern auf die unsichere Haltung Kursachsens bezog, die Preussen mehr Sorge machte als die ferne Möglichkeit eines ungarischen Aufstandes. Denn für den Fall eines im Frühjahr 1790 gegen Österreich zu führenden Krieges war zu befürchten, dass das mit Österreich befreundete Kursachsen, obschon es durch den Fürstenbund auch an Preussen gebunden war, einem solchen Krieg widerstreben werde. Von Berlin aus wollte man den Herzog Karl August die erforderlichen Schritte bei dem sächsischen Kurfürsten tun lassen, und der Herzog war dazu bereit und schrieb in dem Brief vom 11. Januar, dass er binnen 16 Tagen dem Könige aufwarten möchte, um in Potsdam auch die Sache zugleich mit dem Herzog Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig besprechen zu können und dabei dem König seine aufrichtige Anhänglichkeit und seinen Eifer für das Interesse des preussischen Hauses zu beweisen. Folgender Satz dieses Briefes hat die Veranlassung zu der Annahme, als ob er in Beziehung auf die Verhandlungen mit den ungarischen Sondierern stehe, gegeben: »Versammeln aber Ihro Maj. in einem so wichtigen Moment Ihre Anverwandten und die, auf welche sie Ihr grösstes Vertrauen setzen, wird mir alsdann aufgetragen etwas auszuführen was nothwendig und heilsam scheint, so kann mich das Publicum nicht als einen unruhigen Kopf ansehen, der seine Existenz darin findet zu stören und anzustiften und dergleichen Aufträge mehr zu veranlassen als zu übernehmen. Wie mich nun bey dieser Gelegenheit mein Eifer Ihro Maj. zu dienen

gewiss nicht verlassen wird, so wird mich dagegen die Anwesenheit des Herzogs von Braunschweig beruhigen und mir Muth geben, auch über äussere Bedenklichkeiten hinaus zu gehen, die sich mir bey diesem Geschäfte allenfalls in den Weg stellen könnten.« Im Februar 1790 ging der Herzog nach längerem Aufenthalt bei seinem Onkel, dem Herzog von Braunschweig, nach Berlin; allein die Verhandlung mit Kursachsen wurde nicht von ihm, sondern vom Marquis Lucchesini übernommen und zum Ziele geführt (Goethe-Jahrbuch, XX, S. 151).

Die im Schreiben vom 28. Dezember erkennbar gemachte Abneigung Karl Augusts gegen die Weiterverfolgung des von Bischoffwerder eifrig verfolgten Planes mochte in Berlin wohl Bedenken erregt haben und die Unsicherheit der Emissäre, deren Hintermänner gar nicht bekannt waren, mag ein Hauptgrund gewesen sein, von der weiteren Verfolgung eines offenbaren Abenteuers abzustehen. Denn die Magnatenverschwörung gegen Leopold I. vom Jahre 1667 unter Zrinyi, Wesselenyi, Nadasdy u. a., die entdeckt wurde und den Verschworenen das Leben kostete, auch das Blutgericht von Eperies im Jahre 1687, das an Hunderten von Aufständischen, meist protestantischen Adeligen, vollzogen wurde, mochte das Gefühl einer schweren Verantwortung für eine neue, zur Thronentsetzung des Habsburgischen Hauses führen sollenden Bewegung erweckt haben.

Jedenfalls war etwa bestehenden ungarischen Plänen auf eine Losreissung von der Habsburger Monarchie im Jahre 1790 ein Ziel gesetzt durch die notgedrungene Zurücknahme der meisten Reformen Josephs II., wonach die Unzufriedenheit in Ungarn ermässigt wurde, und durch den bald darauf erfolgten Tod dieses hochstrebenden Fürsten. »Von dem Augenblick an, als Leopold II., die politische Richtung seines Bruders Joseph verwerfend, in ruhigere Bahnen einlenkte, und sich mit Preussen auf dem Reichenbacher Kongresse verständigte, hatte es für Friedrich Wilhelm II. keinen Sinn mehr, dem neuen Regenten in Österreich die Krone Ungarns zu entrücken.« (Wertheimer a. a. O.)

Zum Schluss mag der Versuch nicht unbemerkt bleiben, eine Annäherung der Deutschen an die Magyaren zu befürworten

und aus der Geschichte nachzuweisen, dass ein »ererbter« Hass letzterer gegen das Deutschtum nicht vorhanden gewesen sei. Diesen Versuch hat ein mit den ungarischen Verhältnissen und dem langjährigen Nationalitätenkampf, namentlich der Slaven und der ihnen verwandten Völkerstämme, die im Panslavismus sich vereinigen, wohl Vertrauter, Bresnitz v. Sydacoff in der in 2. Auflage 1903 im Verlag von Friedrich Luckhardt, Berlin und Leipzig, erschienenen Schrift (IV. in »Luckhardts Zeitgeschichtliche Bibliothek« auf 122 Seiten): »Die Wahrheit über Ungarn« unternommen mit der erklärten Absicht, den mannigfachen Verunglimpfungen des Magyarentums gegenüber einer gerechteren Beurteilung die Bahn zu brechen. Auf S. 10 bemerkt er, es sei für den »ererbten« Hass der Magyaren gegen Preussen nun wohl kein Beweis, dass in jener Epoche (1780 bis 1790), in der man sich in Ungarn mit dem Gedanken getragen, Joseph II. des Thrones zu entsetzen und sich selbständig zu machen, der ungarische Adel bei dem König von Preussen Unterstützung gesucht und einen deutschen Prinzen für den ungarischen Thron zu gewinnen versucht habe. Diese Episode bilde einen starken Block gegen die Anschuldigungen, welche gegen die Deutschen und Magyaren von den slavischen Feinden immerwährend erhoben würden, um sie als unzuverlässige Elemente für das Habsburgerreich und dessen Dynastie zu denunzieren. S. 19 wird hervorgehoben, dass Friedrich von Preussen im Gegensatz zu den Bestrebungen am Wiener Hofe in dem Magyarentum keine dem Deutschtum feindliche Macht erblickt habe, sondern ein Element, das geeignet gewesen, einen natürlichen Bundesgenossen für die Deutschen zu bilden, wenn es gelänge, dasselbe in Ungarn zur Macht zu bringen und zufrieden zu stellen. Gleiche Erwägungen hätten sich auch unter den ungarischen Ständen geltend gemacht und nur der Umstand, dass man sich in Wien denselben hartnäckig verschlossen, habe es ermöglicht, dass auf dieser Basis zwischen der ungarischen Magnaterie und dem Berliner Königshof Beziehungen zustande gekommen, welche zur Kandidatur des Herzogs Karl August von Sachsen-Weimar für den ungarischen Königsthron und zur Unterstützung dieses Planes durch Friedrich Wilhelm II. von Preussen und Goethe geführt hätten. Auf S. 11 wird zwar zugestanden, dass der Germanisierung, welcher man

Ungarn bis in unsere Tage zuzuführen bestrebt gewesen, sowohl das ungarische Magnatentum, als auch das ungarische Volk heftigen Widerstand entgegengesetzt habe, der sich als unüberwindlich erwiesen; aber man dürfe doch nicht vergessen, dass zwischen dem Willen, nicht germanisiert zu werden, und dem Hasse gegen das Deutschtum überhaupt, ein ganz gewaltiger Unterschied sei, wie man es keinem Volke zum Vorwurf machen könne, wenn es seinen nationalen Besitzstand nicht nur erhalten, sondern auch vermehren wolle. Dass auch der nationale Chauvinismus den Magyaren keine unbekannte Grösse sei, wer wolle das leugnen? Dieser Chauvinismus treibe aber heute überall, selbst bei dem kleinsten Völkchen, seine Blüten. Die österreichische Bureaucratie, die in jenen Zeiten noch deutsch und nach nationalen Empfindungen gar nicht zu fragen gewohnt gewesen, hätte während ihrer Herrschaft manchen Fehler begangen, wodurch es den ungarischen Chauvinisten möglich geworden sei, aufreizend gegen das Deutschtum zu wirken. Der »vielbeliebten Lesart aber, wie wenn die Magyaren eben einen ererbten Hass gegen die Deutschen und gegen alles was deutsch heisst, in ihren Herzen trügen und unsere grössten Feinde wären«, glaubt der Verf. Sydacoff direkt entgegentreten zu sollen. Dass aber die Pazifizierung und Germanisierung Ungarns nicht gelingen werde, habe man in Preussen zu einer Zeit, da man in Österreich noch fest an die Durchführung dieser Aufgabe geglaubt, schon vorausgesehen und sei der Meinung gewesen, es sei für die deutsche Kultur und die Sicherheit des deutschen Bestandes ein genügender Schutz, wenn an der unteren Donau eine Macht aufgerichtet werde, die, wenn sie auch nicht deutsch sei, doch immerhin als mächtiges Bollwerk gegen die von Osten drohenden Gefahren Wacht halten würden.

Mag auch zur Widerlegung des angeblich »ererbten« Hasses der Magyaren gegen Deutsche noch als Beleg die Tatsache aus dem Zeitalter der Kaiserin und des »Königs« Maria Theresia angeführt werden, dass gerade in der ungarischen Gesellschaft der Deutsche hoch angesehen gewesen und magyarische Mütter und Väter mit Vorliebe und Stolz ihre Töchter an deutsche Krieger, besonders des Korps der deutschen Lanzenreiter, zu verheiraten geliebt hätten, und mögen

noch manche andere Belege aufgeführt werden — so zeigen sie nur, dass eben Strömungen im Magyarentum vorhanden waren, welche sich von der nationalen Unduldsamkeit noch fern hielten, wie sie mit der fortschreitenden Kultur, namentlich durch die Sachsen und Schwaben und die österreichisch-deutsche Herrschaft sich entwickelt hat, dass doch das magyarische Selbstbewusstsein zur Unterdrückung der anderen in Ungarn wohnenden Nationen verleitet hat. Diese Tatsache ist nicht abzustreiten; etappenweise schritt der Kampf gegen die nicht magyarischen Bewohner Ungarns vorwärts, gegen Deutsche wie Slaven und Rumänen, und bei jeder Steigung des magyarischen Barometers verstanden es die schlaunen Führer der Bewegung, der Regierung in Wien einen politischen Vorteil nach dem anderen für einen eigenen Nationalstaat abzutrotzen, wozu die Zurückdrängung der Deutschen behilflich sein musste — heute noch wie früher.

Die zuletzt erwähnten ehelichen Verbindungen zur Zeit Maria Theresias Königtums in Ungarn können ebenso nur belegen, dass sie in einer Periode der ungarischen Gesellschaftsgeschichte vorkamen, wo das magyarische Nationalgefühl weniger gegen die Deutschen erregt war, als zu anderen Zeiten. Nicht viel anders war es zur Zeit Josephs II., obschon damals die angestrengte Einführung der deutschen Sprache viel Unruhe erregte, was die um die Losreissung von Österreich bemühten Magnaten weniger kümmerte, als die Gewinnung eines ihnen den Sieg verheissenden Bundesgenossen gegen das Haus Habsburg zu finden, und da war nur Preussen unter seinem damaligen König Friedrich Wilhelm II. die einzige Macht des notwendigen Beistandes, umsomehr, als fast ein Jahrhundert hindurch vermöge der fortgesetzten Übersiedelung von Magyaren dorthin mancherlei Fäden der ungarischen Sonderpolitik zu der preussischen Politik der Machterweiterung hingezogen waren. Politische Notwendigkeit führte mithin zum Suchen nach Hilfe in Preussen und nach einem deutschen Fürsten für den ungarischen Königsthron, dem natürlich die Magyaren Vorschriften machen und den sie zum ganzen Magyaren umzugestalten hoffen konnten, wie es ihnen gelungen ist, im Laufe der Zeiten fast eine Million Deutsche zu magyarisieren. Die Berechnung war hauptsächlich auf einen Zerfall der Gesamtmonarchie gestellt und auf ein

Schutz- und Trutzbündnis mit Preussen, welches den Thronkandidaten Karl August nach Erhebung auf den Herrschersitz Ungarns nicht fallen lassen konnte und damit die Selbständigkeit Ungarns für die Zukunft hätte garantieren müssen. Deshalb wäre das Magyarentum aber nicht im mindesten duldsamer gegen die Mitbewohner Ungarns geworden; denn die nationale Überlieferung der ausschliesslichen Herrschaft der Magyaren in Ungarn mittels Unterdrückung der anderen Nationalitäten trifft die Deutschen so sehr wie die Slaven und zwar erstere zurzeit mehr als letztere, da zur Erlangung der magyarischen Ziele die Tschechen die Bewegung gegen das Deutschtum in die Hand genommen haben und hinsichtlich des Endzieles, der Erreichung eines möglichst von Österreich unabhängigen Nationalstaates, den Magyaren insoweit (von den Jungtschechen erstrebte) Bundesgenossen geworden sind und wenigstens die Slavisierung Österreichs bezielen, worauf sie die Magyaren ihrem Schicksal überlassen werden, sobald der Panslavismus auch Ungarn umgarnt hat. So arbeiten die Magyaren mit Bedrängung des Deutschtums dem Vordringen des Slaventums im Osten und ihrem eigenen Unterliegen unter diesem in die Hände und graben sich ihr Grab selber. Es ist treffend von Bresnitz von Sydacoff am Schluss seiner oben erwähnten, auf möglichste Annäherung des Magyarentums an das Deutschtum zur Abwendung des gefürchteten Vordringens des Panslavismus unter Vortritt der Tschechen, gerichteten Schrift ausgeführt, dass die Tschechen und ihre staatsrechtlichen Bestrebungen immer als die grösste Gefahr für den ungarischen Einheitsstaat gegolten haben, es aber eine Kurzsichtigkeit ungarischer Politiker und Publizisten sei, ein tschechisch-magyarisches Bündnis herbeizuführen, das der deutschen Hegemonie in Österreich den Todesstoss versetze, was in Prag wie in Budapest wohl erwogen werde.

Durch die slavenfreundlichen Regierungen Österreichs war allerdings das Verhältnis zwischen Wien und Budapest ein getrübttes geworden, und mit dem Fall Banffy's, der an der ungarischen Politik Deak's und Andrassy's festgehalten hatte und eine Stütze der Dreibundspolitik gegen die panslavistischen Treibereien war, brach Koloman v. Szell mit den bewährten Überlieferungen jener grössten ungarischen Staatsmänner, indem er an die Stelle der deutsch-

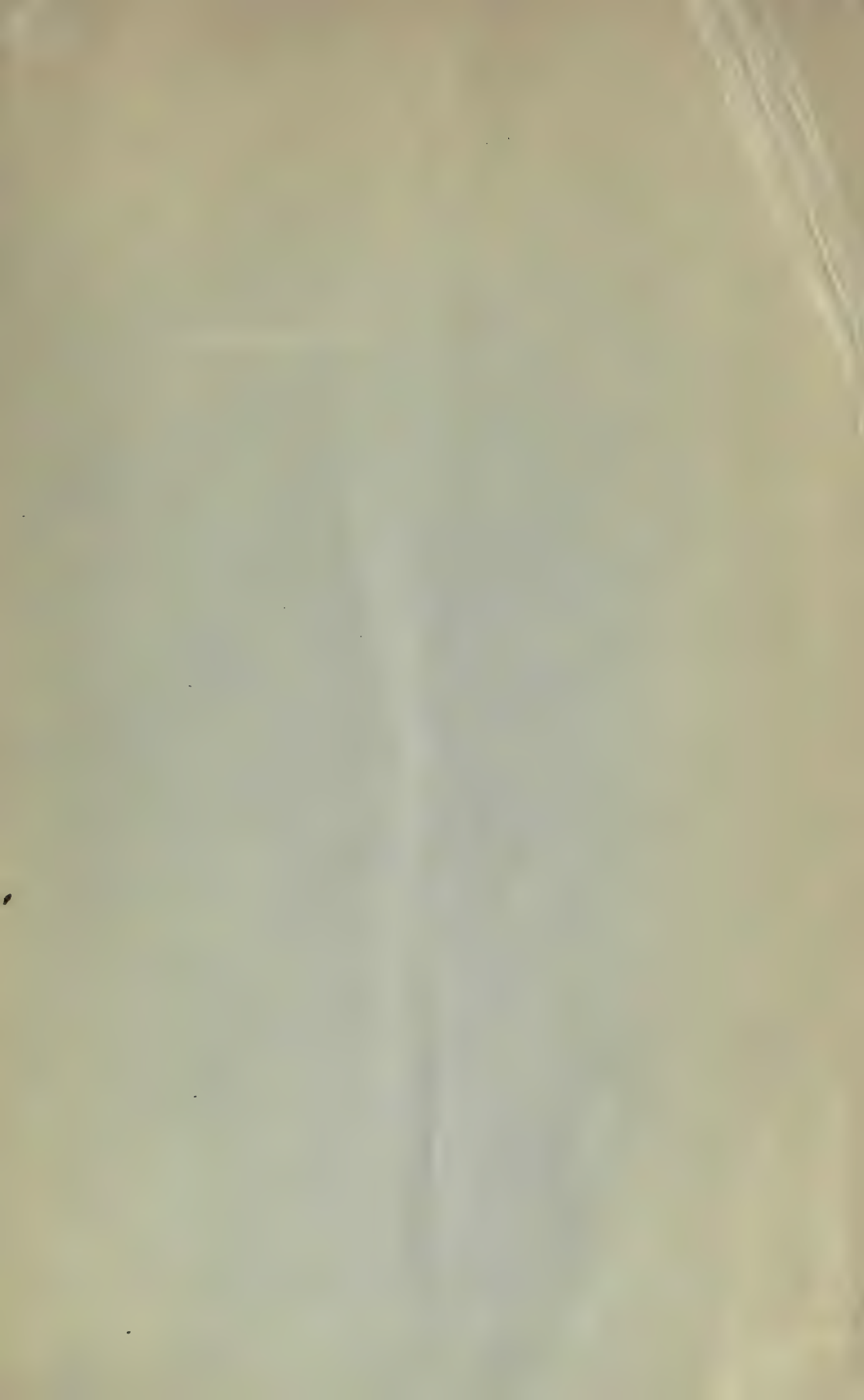
magyarischen Beziehungen die slavisch-magyarischen zu setzen unternahm, und die schlaun Tschechen benutzten die hieraus entstandene Spannung zwischen Wien und Budapest, um den Magyarern sich als Hilfe gegen die »deutschen Prätionen«, jedoch im eigenen Interesse ihrer staatsrechtlichen, deutschfeindlichen Bestrebungen, anzubieten. Dass aber die Reichsgemeinschaft der habsburgischen Monarchie in politischer wie wirtschaftlicher Hinsicht nach den verschiedenen Ausgleichsversuchen der hervorragendsten ungarischen Staatsmänner Deak und Andrassy aufrecht zu erhalten sei gegen den immer wieder hervorbrechenden magyarischen Chauvinismus der Opposition, erkennen alle einsichtigen Politiker. Die wirtschaftliche Gemeinsamkeit setzt freilich eine staatsrechtlich fest geordnete Verfassungs- und Regierungsforn in dem Verhältnis beider Reichshälften voraus und hier liegen die Schwierigkeiten, deren Überwindung durch die zur gegenseitigen Verbitterung gestiegene Spannung zwischen Wien und Budapest verursacht, durch die überschwenglichen Ansprüche des Magyarentums, erschwert wird.

Unbegreiflich erscheint das Gebahren der Magyarern der letzten Zeit gegenüber dem begeisterten Empfang des Kaisers Wilhelm II. bei dem Besuch des Kaiser-Königs Franz Joseph in Budapest im Jahre 1897, wo man nicht nur in dem deutschen Kaiser, sondern im deutschen Volke sehr richtig einen Bundesgenossen Ungarns und eine Stütze des Bestandes der österreichischen Gesamtmonarchie erkannte.

Ob es jetzt, nachdem seit dem November 1903 Graf Stephan v. Tisza als ungarischer Ministerpräsident die Leitung der ungarischen Politik übernommen und eventuell ein System der »starken Hand« in Aussicht gestellt hat, auch die Opposition bis zur Unmöglichkeit der Fortsetzung ihrer Obstruktion (auf 15 Mitglieder herab) abgeschwächt hat, gelingen wird, einen neuen, dauernden Frieden verheissenden Ausgleich zu erreichen, steht noch sehr dahin. — »Hand in Hand mit den Deutschen Österreichs und dem Deutschtume überhaupt sollten die Magyarern den Damm bauen helfen gegen die slavische Gefahr, welche alle nicht slavischen Völker bedroht, und auf diesem Wege sollte gegen Russland und die panslavistische Agitation eine Koalition geschaffen

werden« usw. »Ein gutes Einvernehmen mit Wien und Berlin galt als die erste Voraussetzung, und bis in unsere Tage wurde diese grosszügige, Ungarn auf das Piedestal einer europäischen Notwendigkeit erhebende Politik auch stets befolgt.« Der, welcher den Bestand der Habsburger Monarchie will, muss auch mit einem starken Ungarn ein starkes Österreich wollen — wirtschaftlich wie politisch verbunden. Entgegen jeden Versuchen der Tschechen, die Magyaren zu einem gegen das Deutschtum gerichteten Bündnis zu gewinnen, ist es, wie Bresnitz v. Sydacoff a. a. O. treffend nachgewiesen hat, für ein unter deutscher Hegemonie stehendes Österreich ebenso ein unerlässliches Gebot der Notwendigkeit, als wie für ein magyarisches Ungarn, dass das deutsch-magyarische Bündnis gestärkt und befestigt werde, aber auch nicht minder zur Erhaltung der Grossmachtstellung Österreichs, auch seiner Stellung im Dreibunde, und zum Schutz Europas vor der von Osten und Norden drohenden slavischen Gefahr. Dazu aber gehört vor allen Dingen eine weise Mässigung der magyarischen Volksvertretung in ihren Ansprüchen auf Selbständigkeit gegenüber der Zugehörigkeit zur Gesamtmonarchie und eine Duldsamkeit gegen das geschichtlich und kulturell so eng mit Ungarn verbundene Deutschtum! Vergl. Dr. jur. Hermann Ortloff »Das Magyarentum in Ungarn im Kampfe um den Nationalstaat.« Berlin u. Leipzig. Verlag von Friedrich Luckhardt. 1904.







DD Verus, Dr
801 Kandidatur des Herzogs Karl
S287V4 August von Sachsen-Weimar

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY
